Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 188. Freitag den 7. Juli 1882. 76. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Die Pflasterarbeiten in der Promenaden- und Halle'schen Straße sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerte entbunden.

Leipzig, am 30. Juni 1882.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eichorius.

### Bekanntmachung.

Der Bau der II. Strecke der östlichen Vorfluthschleuße vom Tauchaer Thorhaus an, der Langen Straße entlang bis zur Dresdener Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

**„Bau der Oestlichen Vorfluthschleuße II. Strecke betr."**

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. Juli cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 28. Juni 1882.

**Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

### Bekanntmachung.

Die Lieferung von
30 Ctr. **Petroleum,**
5000 Ctr. eines **guter schlackenfreier Pechstückkohle,**
1000 Ctr. eines **böhmischer Braunkohle, beste Qualität,** und
30 Cub.-Meter weichem **Scheitholz**
auf das Winterhalbjahr 1882/83 für das Königl. Landgericht und die Königl. Staatsanwaltschaft hier, soll unter den bei der unterzeichneten Cassenverwaltung einzusehenden Bedingungen und mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten an den Mindestfordernden vergeben werden.

Angebote sind bis zum **20. Juli 1882** schriftlich unter einzureichen.

Leipzig, den 3. Juli 1882.

**Die Cassenverwaltung des Königl. Landgerichts dat.**

### Submission.

Für den Neubau der Kirche zu Lindenau sollen folgende Arbeiten in öffentlicher Submission vergeben werden.

1) Zimmerarbeiten incl. allen Materials veranschlagt zu . . . . . 10,964.81 ℳ
2) Dachdeckerarbeiten incl. allen Materials veranschlagt zu . . . . . 8,641.89 ℳ
3) Klempnerarbeiten incl. allen Materials veranschlagt zu . . . . . 1,981.50 ℳ
4) Schmiedearbeiten incl. allen Materials veranschlagt zu . . . . . 2,749.24 ℳ

Bedingungen nebst Anschlagsauszügen sind gegen Zahlung von 1.50 ℳ auf dem Baubureau (gegenüber dem Bauplatze) entgegen zu nehmen, woselbst auch die Zeichnungen zur Ansicht offen liegen.

Versiegelte Offerten sind bis zum 15. Juli, Abends 6 Uhr, an die Adresse des Gemeindevorstandes Herrn **Queck** abzugeben.

Lindenau, den 5. Juli 1882.

**Der Kirchenvorstand.**
gez. D. Schütz.

### Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zufolge Verfügung vom 24. Juni 1882 heute Folgendes eingetragen:

| 1. Lfde. Nr. | 2. Bezeichnung des Firmeninhabers | 3. Ort der Niederlassung. | 4. Bezeichnung der Firma. |
|---|---|---|---|
| 239. | Dampfschneidemühlen-Besitzer Emil Karl zu Belgern. | Belgern. | E. Karl. |
| 240. | Apotheker Dr. Otto Diebelt zu Belgern. | Belgern. | Dr. Otto Diebelt. |
| 241. (Vgl. Nr. 97) | Kaufmann Otto Franz Schulze zu Belgern. | Belgern. | O. F. Schulze. |
| 242. | Hotelbesitzer Ferdinand Dienst zu Belgern. | Belgern. | F. Dienst. |
| 243. | Wasser- und Dampfmühlenbesitzer Hermann Schneider zu Drekatten bei Schirrau. | Drekatten. | Mühlengut Drekatten H. Schneider. |
| 244. | Kaufmann Carl Wilhelm Müller zu Belgern. | Belgern. | C. W. Müller. |
| 245. | Kaufmann Ferdinand Max Hentschel zu Belgern. | Belgern. | F. Max Hentschel. |
| 246. | Bauerguthsbesitzer Friedrich Carl Hermann zu Belgern. | Belgern. | F. C. Hermann. |

Torgau, den 26. Juni 1882.

**Königliches Amtsgericht.**

### Bekanntmachung.

Folgende in unser Firmenregister eingetragene Firmen:
Nr. 94. **Ernst Kregel** zu Belgern,
Nr. 98. **A. Hochgräfe** zu Belgern,
Nr. 99. **W. Witte** zu Belgern,
Nr. 101. **Lothar Mann,** Apotheke zum goldenen Löwen zu Belgern,
Nr. 102. **Ferd. Dienst** zu Belgern,
sind zufolge Verfügung vom 24. Juni 1882 heute gelöscht worden.

Ferner ist bei der unter Nr. 97 daselbst eingetragenen zu Belgern domicilirten Firma: **J. C. Schulze** (Inhaber Kaufmann Johann Christoph Schulze in Belgern) zufolge Verfügung vom 24. Juni 1882 heute Folgendes eingetragen:

„Das Handelsgeschäft ist laut Vertrags vom 10. Februar 1869 auf den Kaufmann **Otto Franz Schulze** übergegangen, welcher dasselbe unter der Firma **C. F. Schulze** fortsetzt. Die Firma J. C. Schulze ist erloschen. Vgl. Nr. 241 des Firmen-Registers."

Torgau, den 26. Juni 1882.

**Königliches Amtsgericht.**

### Auctions-Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, Gerberstraße Nr. 10, Hof 1. Etage, sollen

**Mittwoch, den 12. Juli 1882, Vormittags 9 Uhr**

mehrere Kleiderschränke, 2 Waschtische, 2 Sophas, 1 Commode, mehrere Tische, 1 Kleiderhalter, 1 Regulator, Taschenuhren, goldene Ringe, eine Partie Kleider, Tafelzeug ꝛc. an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 3. Juli 1882.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Menker.

### Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des **Banquiers und Fabrikbesitzers Robert Baumann** hierselbst, **Lößnower Ufer Nr. 23** wohnhaft, alleinigen Inhabers der Firmen Deutsches Strang-Comptoir **Robert Baumann** hierselbst, **Behrenstraße Nr. 24 und J. F. A. Türn** in Zeitz mit Filiale in Schkeuditz ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

**den 21. September 1882, Vormittags 10 Uhr,**

vor dem Königlichen Amtsgerichte 1 hierselbst, Judenstraße Nr. 58, 1 Treppe, Zimmer Nr. 15, anberaumt.

Berlin, den 28. Juni 1882.

**Zimmermann,**
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts I. Abtheilung 68.

## Nichtamtlicher Theil.

### Eine kirchenpolitische Krisis.

Was seit einigen Tagen als Gerücht, doch ohne rechten Glauben zu finden, umging, Das ist seit heute augenscheinlich. Herrn v. Schlözer's Friedenssendung im Vatican ist ergebnißlos verlaufen, die Curie hat aus dem bewiesenen Entgegenkommen der preußischen Staatsregierung nur den Anlaß zu neuer trotziger Behauptung ihres Non-possumus-Standpuncts genommen und der Bischofsparagraph des Gesler'schen Discretionsgesetzes wird überhaupt nicht in Kraft treten, weil der Papst die Begnadigung der Bischöfe von Limburg und Münster nicht für einen genügenden Act hält, sondern wünscht, daß die Herren Melchers und Graf Ledochowski gleichfalls zurückberufen werden. Eine hochoffiziöse Auslassung der „N. A. Z." berichtet diesen Stand der kirchenpolitischen Frage in einer Form, die sich als eine erbitterte Streitschrift gegen das Centrum darstellt, über dessen Kopf hinweg aber gerade gegen den Vatican zielt. Wer sich durch die somit gegebene Sachlage überrascht zeigte, der mußte entweder die Unterwerfungs- und Opferfähigkeit der preußischen Regierung unterschätzt oder die Ehrlichkeit der Curie als eine mögliche Voraussetzung des Ausgleichs angenommen haben. Eine unbefangene Beobachtung der Verhältnisse, die sich seit dem Sommer von 1880, seit Herrn v. Puttkamer's Vorlage ergeben haben, mußte zu der Erkenntniß führen, daß Preußen niemals so viel werde lassen können, als die Ultramontanen hofften, und daß auf der anderen Seite der Papst niemals so reale Zugeständnisse werde machen wollen, als er es vermochte und noch vermag. Zu bedauern bleibt nur, daß innerhalb der Regierung, also an der entscheidenden Stelle, diese Wahrheit sehr spät eingesehen worden ist. Wenn es nicht zu spät gewesen, so ist Das der Verblendung des Centrums zu danken, welches in seinem Siegesgefühl die Ursache war, daß die ultramontane leitende Presse einen geradezu unverschämten, die Regierung, die Liberalen, die gemäßigt Conservativen und selbst die evangelische Kirche unmittelbar verhöhnenden Ton anschlug. Es giebt doch ein Maß in den Dingen, auch keine Schacher-Politik, es sei denn, daß der Geist der Kaumer und Mühler wieder lebendig würde, kann dahin führen, daß das protestantische Preußen sich unter den Ultramontanismus beugt. Es ist kein Zweifel, daß wir an einem Wendepunct der Kirchenpolitik stehen. Die Curie ist befragt worden, ob sie die Anzeigepflicht anerkennen wolle, Alles hängt von der Bejahung oder Verneinung dieser Frage ab, und es scheint dafür gesorgt zu sein, daß dieselbe bestimmt genug gefaßt ist, um eine ausweichende Antwort auszuschließen.

Wir lassen nachstehend zum besseren Verständniß den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." folgen, können uns aber nicht enthalten, ausdrücklich anzuerkennen, wie Recht wieder der Führer der nationalliberalen Partei Rudolf v. Bennigsen hatte, als er jüngst nochmals seinen, die kirchenpolitische Einigung auf Grundlage der neuesten Politik abweisenden Standpunct hervorhob. Die Rechte des Staates müssen ganz entschieden der Kirche gegenüber gewahrt bleiben; Das scheint denn auch in Berlin erkannt und die Rückwärtsbewegung vorläufig aufgehalten worden zu sein. Das officiöse Organ schreibt:

Am 3. d. Mts. frage die „Germania", ob die Regierung die Absicht habe, das katholische Volk à la Tantalus zu behandeln; am 1. schrieb sie, die Kirche sei bereit, dem Staate die Hände entgegenzustrecken, aber ihre Hände seien gebunden, der Staat könne sie leicht lösen. Weiter zurückschlagend, finden wir fast in jeder Nummer bald Aufreizungen zur Unzufriedenheit, bald Zuschriften, in denen die vorhandene Unzufriedenheit der Katholiken bezeugt wird. Alles das sind Nachklänge und Echos eines sehr umständlichen Artikels der „Germania" vom 27. v. Mts., in welchem die Anklage, daß die Regierung nicht gewisse Concessionen, wie die Begnadigung der Bischöfe, mache, mit der Drohung der Selbsthilfe der Kirche begleitet ist. Auf die weiten Perspectiven, welche diese Drohung, die allerdings nach der Versicherung der „Germania" keine Drohung sein soll, einem jeden unterrichteten und nachdenkenden Leser jeder Confession eröffnet, wollen wir nicht eingehen, so lange wir sie nur in einem Blatte finden, welches sich die Aufgabe gestellt hat, jeden Keim des Friedens zwischen Staat und Kirche noch Kräften zu zerstören, weil mit dem Gedeihen des Friedens die Bedeutung der polnisch-welfischen Culturkämpfer sich mehr und mehr vermindern muß.

Was das Verlangen nach Concessionen des Staates betrifft, so würde es nicht schwer halten, den beigebrachten Unzufriedenheitsäußerungen Zeugnisse darüber entgegenzustellen, daß man in gut katholischen Kreisen das Gefühl hat, die preußische Regierung habe durch ihre feindseligen Maßregeln, wie die Wiederaufnahme von Staatsleistungen, die Besetzung der Gesandtschaft, die Anstellung der Bischöfe und die Einbringung und Annahme der Jesuitengesetze, ihrerseits genug Entgegenkommen bewiesen, und es sei nun an der Curie, auch ihrerseits die so oft ausgesprochene friedliche Gesinnung durch entsprechende entgegenkommende Schritte zu bethätigen. Wenn dies geschehen wäre, so würde vielleicht die Regierung wieder an der Reihe sein zu einem weiteren Entgegenkommen, welches ein Vertrauen zu einer nicht blos theatralischen Friedensliebe des Vaticans zur Voraussetzung hat. Je mehr die „Germania" hetzt — und nach einer unter den deutschen Katholiken weit verbreiteten Annahme mit römischer Erlaubniß hetzt — um so mehr bedarf die preußische Regierung thatsächlicher Beweise dafür, daß unter dem Entgegenkommen, welches allerdings allein uns dem überhaupt erreichbaren Maße von Frieden zwischen weltlichen und geistlichen Gewalten stetig näher bringen kann, nicht in Rom ein einseitiges der weltlichen Gewalt gedacht wird. Die Curie hat die letzten Stiche in der Partie gemacht und ist daher am Ausspielen; der Staat wird abzuwarten haben, welche Farbe von Rom ausgespielt wird.

In der Redaction der „Germania", wo man die deutschen Verhältnisse genauer kennt als im Vatican, weiß man, daß die Gewinnung des Friedens durch einseitiges Nachgeben für die preußische Regierung eine Unmöglichkeit ist; eben deshalb sucht man von dort aus in Rom die falsche Hoffnung zu erhalten, daß bei geduldiger Beharrlichkeit der Curie ein solches Nachgeben stattfinden werde. Auf die Erhaltung dieser Hoffnung, also auf die Hinderung des Fortschritts friedlicher Bestrebungen, ist z. B. das Benehmen gerichtet, Kölnische Petitionen für die Begnadigung des Herrn Melchers zu Stande zu bringen.

Die „Germania" weiß ferner, daß schon die Vermuthung einseitiger Nachgiebigkeit der Regierung, wenn sie im Lande mit dreister Sicherheit verbreitet wird, die Fühlung der Regierung mit den Liberalen und selbst mit den gemäßigten Parteien abschwächt. Je stärker die Entfremdung zwischen diesen Parteien und der Regierung wird, desto mehr fällt die Opposition des Centrums ins Gewicht. Eine wirkliche Versöhnung mit den rein katholischen Elementen dieser Fraction würde aber den westfälisch-polnischen Germanisten auch nicht aufgehen und sie würden dieselbe rechtzeitig zu verhindern bemüht sein, wenn die Regierung sich verleiten ließe, den anmaßlichen Forderungen der „Germania" nachzugeben.

Es ist nicht zu hindern, daß das Organ des Centrums fortfahre, die Regierung, die mit Recht von sich sagen kann, daß sie ihre Hand den wirklichen und ehrlichen Vertretern der katholischen Kirche weit entgegenstreckt, den Gläubigen zu brauneiren, als ob der Staat sich der Kirche gegenüber in schuldbarem Bezuge befände und nach dem, was er schon gethan hat, eine Reihe weiterer Concessionen zu machen hätte, ohne eine auch nur einigermaßen gleichwerthige Gegenleistung gesehen zu haben. Die Regierung wird sicherlich dadurch in ihrem festen Gange nicht beirren lassen. Sie ist überzeugt, daß die römische Kirche, wenn ihr Zustand wirklich so derselbe wäre, wie die „Germania" ihn zu schildern liebt, die ernste Pflicht und einen starken Drang empfinden würde, zur Verbesserung desselben thätig zu sein. Die Staatsregierung würde es gewiß bedauern, wenn die weitere friedliche Gestaltung davon abhängig gemacht werden sollte, wer am längsten zu warten vermag, Preußen oder Rom. Wir glauben nicht, daß die Curie geneigt sein wird, diese Probe anzustellen, und sind insbesondere überzeugt, daß bei ihr kein Zweifel darüber obwaltet, daß es für die preußische Regierung ebenso unmöglich ist, Seiner Majestät dem Könige die Begnadigung des Herrn Melchers wie die des Grafen Ledochowski anzurathen. Gerade die Herstellung der diplomatischen Beziehung mit dem päpstlichen Stuhle hat das Mittel geboten, über Fragen der Art jedes Mißverständniß auszuschließen.

Die „National-Zeitung" bemerkt zu dem vorstehenden Artikel:

Wir können natürlich von unserem Standpuncte aus diese Erklärungen nur mit Genugthuung vergeichnen und nur den Wunsch hinzufügen, die Handlungen möchten den Worten entsprechen. Schon mehrmals seit der mit dem Rücktritte Falk's eröffneten neuen Phase der Kirchenpolitik hatte „die Curie" die letzten Stiche in der Partie gemacht und war daher am „Ausspielen"; aber wenn sie eingermaßen zögerte, verlor der Staat die Geduld „abzuwarten, welche Farbe von Rom ausgespielt wird", und ließ die Curie neue Stiche machen; wir wollen hoffen, daß es diesmal nicht wieder geschieht. Wenn man im Vatican sich wirklich der Erwartung hingegeben hätte, sogar Herrn Melchers und den Grafen Ledochowski an die Spitze ihrer früheren Diöcesen zurückkehren zu sehen, so wäre Dies der schlagendste Beweis dafür, wie übel die bisherige staatliche Nachgiebigkeit gewirkt hat. Vermuthlich geht indeß die Speculation der Curie nur dahin, die Rückkehr der ehemaligen Bischöfe von Münster und Limburg zu erlangen, ohne daß in der entscheidenden Frage der Anzeigepflicht ihrerseits ein erhebliches Zugeständniß gemacht würde.

Inzwischen hat, wie uns berichtet wird, der **Bundesrath** auch der Mahnung der „Germ." an den Reichstagsbeschluß wegen Aufhebung des **Internirungs- und Ausweisungsgesetzes** entsprochen, allerdings in anderem Sinne, als das klerikale Blatt wünschte; der Beschluß des Bundesraths geht dahin, den des Reichstags, der bekanntlich auf den Antrag des Abg. Windthorst gefaßt wurde, abzulehnen, und zwar auf Antrag des Justizausschusses, welcher diesen Beschluß gestern mit großer Majorität gefaßt hatte. Der Antrag Windthorst war im Reichstag am 12. Januar d. J. mit 233 gegen 116 Stimmen angenommen worden, welche letztere von einem Theil der Secessionisten, den Nationalliberalen, der Reichspartei und einem Theil der Conservativen abgegeben wurden, während die Majorität aus dem Centrum, der Hälfte der Conservativen, fast der ganzen Fortschrittspartei, einer Anzahl Secessionisten, den Polen ꝛc. bestand; das Centrum betrachtete diesen Beschluß damals als großen Sieg.

### Leipzig, 7. Juli 1882.

In den letzten Tagen gingen wieder allerlei Nachrichten über angebliche Reisepläne des **Reichskanzlers** durch die Blätter, so namentlich, daß Derselbe in bestimmter Zeit nach Gastein sich begeben würde. Es wird bestimmt versichert, daß der Reichskanzler zunächst die Absicht hat, in **Varzin** zu bleiben und dann nach Berlin zu kommen, um seine amtliche Thätigkeit wieder aufzunehmen.

Die Gründe, welche der endgiltigen Ernennung des Grafen **Hatzfeldt** zum Staatssecretair des Auswärtigen noch immer entgegenstehen, sind in ihrer etwas heiklen Natur, die eine öffentliche Kritik nicht gut gestattet, bekannt genug. Keineswegs haltlos ist aber auch jene ergänzende wohlwollende Deutung, nach welcher die Verzögerung dieser Ernennung ihre Stütze in dem Wunsche des Fürsten **Bismarck** hat, für den schwierigen Posten in Konstantinopel jederzeit auf die bewährte Kraft des Grafen Hatzfeldt zurückkommen zu können und Denselben in keinem Fall anders als durch einen gleich befähigten Diplomaten zu ersetzen. Es hat sich die Ansicht herausgebildet, daß der einzig mögliche Nachfolger des Grafen der deutsche Gesandte in Athen, Herr von Radowitz, sei. Den Verdiensten des Letzteren, seinem Eifer und seiner Gewandtheit dürfte indessen kaum damit wohe getreten werden, wenn die Vermuthung Raum findet, daß er in den Berechnungen des Kanzlers nicht ein so großes Gewicht einnimmt, wie vielfach geglaubt wird. Hat es sogar doch eine Zeit gegeben (und dieselbe liegt nicht einmal weit zurück), wo Fürst Bismarck mit Herrn v. Radowitz geradezu unzufrieden war. Es war Das in der kurzen Zeit der Gambetta'schen Ministerherrlichkeit, und man weiß in engeren Kreisen, daß der Reichskanzler aus den damaligen Berichten des Herrn v. Radowitz aus Paris mit einigem Staunen wahrnahm, wie sich der deutsche Diplomat durch das gleißende Wesen Gambetta's hatte gewinnen lassen und in dem ehrgeizigen „Dauphin der Republik" beinahe so Etwas wie den sicheren Hort des europäischen Friedens erblickte. Als kurz darauf in der Presse die Ansicht ausgesprochen wurde, Herr v. Radowitz werde wohl alsbald zum Botschafter bei der Pforte aufrücken, war es die „N. A. Z.", die in gereiztem Tone mit einer Berichtigung dazwischen fuhr und die liberale Presse für nicht genügend unterrichtet erklärte. Wahrscheinlich genug, daß sich seitdem diese Sachlage nicht geändert hat.

Einen beachtenswerthen Beitrag zur Frage der **Reform der Beamtengehälter in Preußen** liefert die soeben erschienene liberale Broschüre „Der preußische Urwähler". Das jetzige System mit Minimal-, Maximal- und Durchschnittsgehältern komme, so wird dort ausgeführt, darauf hinaus, daß man in jüngeren Jahren überaus schmal und kümmerlich bezahlt werde, auch in mittleren Jahren, wo die Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit am größten sei und zugleich der Unterhalt nach endlicher Gründung einer Familie erheblich koste, immer sehr knapp gestellt sei, dagegen im vorgerückten Alter im Verhältniß zur abnehmenden Leistung und Verminderung der Ausgaben beim Selbstständigwerden der Kinder reichlich bezahlt werde. In vielen Bureaux stehe hiernach die Besoldung geradezu im umgekehrten Verhältniß zur Arbeitsleistung und mancher alte Beamte werde in seinem Arbeitspensum wesentlich von den jüngeren übertroffen; er verspere jenen den letzteren das Vorrücken, um sich mit Erreichung der höchsten Gehaltsstufe noch eine möglichst hohe Pension zu verdienen. Alle diese Uebelstände würden beseitigt werden durch ein System fester, von den Verhältnissen der Vordermänner unabhängiger Alterszulagen, welche von 5 zu 5 Jahren steigen und mit einem gewissen Lebensalter aufhören müßten. Jedenfalls würde eine allgemeine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen nicht von oben, sondern eher von unten auf zu beginnen haben.

Der Pariser „Temps" tischt das alberne Gerücht auf, **Deutschland** habe sich zum Entgelt für die der Türkei geleisteten Dienste die **Insel Kreta** ausbedungen. Der „Temps" ist ein französisches Blatt — und Das genügt, um seiner Behandlung deutscher Angelegenheiten Mancherlei nachzusehen. Aber nun gleich das schwere Geschütz solcher Albernheiten aufzufahren! Freilich meldet der „Temps" in seinen bezüglichen Nummern einen Thermometerstand von + 23 Grad im Schatten.

Von zuverlässiger Seite erhalten die „Berl. Polit. Nachr." aus **Frankfurt a. M.**, 4. Juli, die nachstehenden Mittheilungen: „Ein Fang, bei welchem die hiesigen Behörden in erster Linie betheiligt waren, ist neuerdings gemacht worden, welcher auf das Unzweifelhafteste darthut, daß derjenige Zweig der deutschen Revolutionaire, welcher in Most seinen Repräsentanten und Führer hat, sich anschickt, seine Lehren ins Praktische zu übertragen, d. h. nach dem Muster der nihilistischen Schreckensmänner zu arbeiten. Es wird noch erinnerlich sein, daß 1880 gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers bei der Eröffnung unseres Stadttheaters aufrührerische Schriften verbreitet wurden. Seit jener Zeit wurde der revolutionairen Propaganda, die namentlich von der Schweiz und London aus betrieben wurde, scharfe Aufmerksamkeit geschenkt, die schließlich zu Entdeckungen führte, welche geeignet sind, ein grelles Licht auf die Thätigkeit des Londoner Agitationscomités zu werfen. Neuerdings tauchten hier resp. in der Umgebung zwei Individuen auf, die, obschon unter falschen Namen reisend — das eine Individuum hat hier im Gasthof von Wörner logirt — doch als Emissäre der Most'schen Gruppe erkannt wurden. Nachdem sie einige Zeit hier sich aufgehalten, begab sich der Eine, ein gewisser Balthasar Grün, nach Kassel, der Andere, ein Schlosser Rinke, nach Darmstadt. Leide wurden in den genannten Orten festgenommen und die Untersuchung, die vorgenommen wurde, führte zu dem Ergebnisse, daß man in den Rücken eingenähte Anweisungen zur Anfertigung von Dynamit, Zeichnungen zur Anfertigung von Dynamit-Bomben, Recepte zur Anfertigung von Blausäure und Anleitungen, wie Kugeln und grobes Schrot mittelst Blausäure vergiftet werden können, fand. Die ganz nach nihilistischem Vorbilde gehaltenen Anleitungen wären unvollständig gewesen, wenn nicht auch Geheimschriften bei den Verhafteten entdeckt worden wären, die weitere Aufschlüsse wohl noch geben dürften. Rinke ist ein altbekannter Agitator und Balthasar Grün hatte es verstanden, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, als die Communards in Paris ihn als aus Berlin ausgewiesen feierten; er lieb sich Das gefallen, obschon nicht er, sondern ein anderer Grün seinerzeit aus Berlin gewiesen worden ist. Die Persönlichkeit des Balthasar Grün gewinnt noch an Interesse durch die Thatsache, daß die Pariser Polizei ihn sucht, weil er im Verdachte stehen soll, an einer in Paris im Februar d. J. stattgehabten Ermordung einer Frau Cäcilie Michard betheiligt zu sein."

Der englische Admiral **Seymour** hat in Folge des Gerüchts, daß man beabsichtige, mit Steinen beschwerte Schiffe zu versenken, um die Einfahrt in den Hafen von **Alexandrien** zu hindern, den egyptischen Behörden erklärt, daß er einen derartigen Versuch als einen Act offener Feindseligkeit ansehen würde. Die egyptischen Behörden stellten in ihrer Erwiderung auf die Vorstellungen des Admirals Seymour in Abrede, daß sie die Absicht hätten, die Hafeneinfahrt zu sperren. Inzwischen werden die militairischen Vorbereitungen von egyptischer Seite lebhaft fortgesetzt. Munitions- und sonstige Kriegsvorräthe sind auf Landwegen nach den befestigten Küstenpuncten geschafft worden. Die Garnison von Alexandrien ist in den letzten Tagen durch Verstärkungen aus Abukir und Damiette um 2000 Mann vermehrt worden.

Eine Mittheilung aus **Sofia** meldet die erfolgte Bildung des **neuen bulgarischen Cabinetes** bis auf das Ministerium des Aeußeren, welches zunächst von seinem bisherigen Inhaber, Dr. Bulkewitsch, interimistisch weiter geführt wird. Zum Präsidenten wurde General Sobolew ernannt, welcher das Portefeuille des Innern erhielt. General Kaulbars wurde Kriegsminister, Natschewitsch Finanzminister, Bulkewitsch Minister der öffentlichen Arbeiten (welches Ressort soeben neu geschaffen wurde), Grekow Justizminister und Teocharow Minister für öffentlichen Unterricht.

Am 5. Juli sollte die **Conferenz in Konstantinopel** ihre Anträge, die sie an die Pforte wegen der **Intervention in Egypten** zu stellen beabsichtigt, feststellen und zu Beschlüssen erheben, um sie dann an ihre Adresse gelangen zu lassen. Um die Pille zu überzuckern, wurde die Pforte bereits von dem Vorhaben der Mächte benachrichtigt, indem man ihr mittheilte, daß nach der Conferenzsitzung die Botschafter ihr unter der Form eines „freundschaftlichen Rathes" die Entsendung eines Besetzungscorps nach Egypten vorschlagen würden. Soweit die Nachrichten vorliegen, die über die Anschauungen des Sultans betreffs dieses Antrages